

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommu-

Nr. 25, Kl. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berlin 5481,
Tel.-Nr.: Rotfahne Berlin. Verl.: Verein Zeitungsverlag GmbH,
Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 970.

Hast du schon die neue
„ROTE POST“
gelesen? Sofort kaufen!
Nur 15 Pf.

Bezugsspreis vorauszahlbar, pro Woche 60 Pf., monatlich 2,60 M. einschl.
Frägerloben in Berlin u. Ostern 2,60 M. Postbezug einschl. Beleihung 2,60 M.; Streifband im Ausland 4,20 M.; n. d. Ausland 4,50 M.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung
Expeditionsb. m. b. H., 2
Kurfürst. 1825/26. Tel.

Anzeigenpreis: Die 12seitige Millimeterzeitung kostet 2,50 M. Arbeitsergebnis u. Namenszettel: 20 Pf.
Kleine Anz.: Tafelblatt 20 Pf. Überdruckbl. 30 Pf. Auflage: Welt 5 M.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Zeitung: B 1
16 Uhr.

Fort mit der Regierung Papen!

Schafft Euch in Millionen-Einheitsfront um die Sturmzähnen der Antifaschistischen Aktion!

Kommunistische Fraktion hat Misstrauensvotum gegen Papen-Regierung eingebracht — Bildet rote Einheitsauschwüsse!

Der Reichstag wird aufgelöst!

Unmittelbar nach der Vereidigung des Kabinetts der Junker, Generale und Trutzgewaltigen hat die kommunistische Reichstagsfraktion gestern abend folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag entzieht der Reichsregierung v. Papen das Vertrauen.“ Gleichzeitig fordert die kommunistische Reichstagsfraktion die sofortige Einberufung des Weitestenrates, damit dieser zum Antrag der KPD auf Reichstagseinberufung für den morgigen Sonnabend Stellung nimmt.

Die kommunistische Partei Deutschlands hat sofort auf breitestem Grundlage den Massenkampf gegen das Diktaturkabinett aufgenommen. In allen Städten und Gemeinden wird eine Flut von öffentlichen Versammlungen und Kundgebungen einzehen. In sämtlichen parlamentarischen Körperschaften werden die Kommunisten die sogenannten Oppositionsparteien stellen und unverzüglich Kampftentschließungen gegen die Papenregierung einbringen. Bis in den entferntesten Winkel Deutschlands wird der kommunistische Ruf dringen: Fort mit der Papenregierung! Fort mit dem Regiment der Reichen! Schafft die Millionen-Einheitsfront der Antifaschistischen Aktion!

Gestern abend hat sich das Papen-Kabinett zu seiner ersten Sitzung versammelt: sieben Hochadlige plus 3 Bourgeois-Kapitäle. Die Regierung will als erste Handlung den Reichstag aufzulösen, um durch Neuwahl, die Ende Juni oder im Juli stattfinden soll, eine Rechtsmeihe im Reichstag zu erzielen. Nachdem das Zentrum beschlossen hat, nicht offen für die Regierung zu stimmen, besitzt diese im jetzigen Reichstag keine Mehrheit. Darum sind die Minister des Chemietrugs, der Junker und der Generalität fest entschlossen, den Reichstag aufzulösen.

Nur der Termin ist noch fraglich. Es kann sich aber nur noch um Stunden oder Tage handeln; um Stunden, falls die Regierung den Reichstag gar nicht erst zusammenzutreten lassen will.

Die Regierung will den Reichstag nicht zuletzt darum ausschalten, weil sie mit dem Staat für das kommende Jahr nicht vor das Parlament treten, sondern ihn durch Notverordnung verhindern will. Es wäre das erstmal, daß dies geschieht. Warum die Regierung so vorgeht, ist klar.

Der Reichshaushalt des Jahres 1931 schließt mit einem Fehlbetrag von 1690 Millionen Mark ab.

Weit über 1½ Milliarden Defizit! Es ist vor allem durch die riesigen Subventionen an Bankiers und Großagrarien und durch die Steuerhinterziehung der Reichen entstanden.

Gewerkschaftsmitglieder! Sozialdemokratische Arbeiter!

Schafft mit uns die Einheitsfront der Antifaschistischen Aktion!

In den Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen gemeinsame Beschlüsse gegen die Diktaturregierung Papen.

Kämpft für die Forderungen der Erwerbslosen.

In jedem Betrieb und in jeder Betriebsleitung organisiert den Widerstand gegen jeden Lohnabbau.

Gemeinsames Vorgehen gegen Naziagitation und Naziterror in den Betrieben und Stempelstellen.

Schaffung des einheitlichen Massenselbstschutzes.

Bildet Einheitsausschüsse der Antifaschistischen Aktion.

Kämpft gemeinsam gegen die Abwürfung der außerparlamentarischen Kämpfer durch die Gewerkschaftsführer, gegen die Durchführung der Hungerschiedsprüche, die nur dem Faschismus den Weg bereiten.

In den Wohngebieten schafft die gemeinsame Front aller revolutionären Arbeiter mit den sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeitern zum Schutz der Arbeiterwohnungen und Arbeiterlokale gegen den faschistischen Terror.

In jeder Gewerkschaft, in jeder Betriebsversammlung verbreitet die Erkenntnis: Der politische Massenstreik die schärfste Waffe gegen faschistische Reaktion!

Schlägt vereint den gemeinsamen faschistischen Feind!

Wie soll dieser Fehlbeitrag beseitigt werden? Die Börse hofft, daß das nicht vorhandene Geld einfach gedruckt werden, also die Inflation durchgeführt werden soll. Nun erlässt die Regierung gestern abend eine amtliche Mitteilung, daß sie keinerlei inflationshafte Maßnahmen durchführen werde. Dann ist es klar, daß die

Regierung beispiellose Abkürche am Sozialstaat machen will, Abzüge, mit denen sie sich nicht einmal vor diesen Reichstag traut und die also auf diktatorischem Wege erfolgen. Und das ist die Regierung der sogenannten Nationalsozialistischen „Arbeiter“partei.

Der kommende Wahlkampf soll im Zeichen der Aufhebung des SA-Verbots und schwerster organisatorischer Angriffe gegen die proletarischen Organisationen stehen. Das ist die Absicht derjenigen Regierungsparteien, die mit faschistischen Gewaltmethoden die Reichsmehrheit erzwingen wollen.

Angesichts dieser dunklen Blutpläne heißt es für die Arbeiterschaft, ihre Antifaschistische Aktion auf der ganzen Linie zu entfalten. Wer da meint, daß sich das Proletariat Deutschlands unter ein Regiment nationalsozialistischer Führer drücken würde, täuscht sich. Hier kann es nur eins geben: Entscheidungen kann aller sozialdemokratischen, kommunistischen und parteidichten Arbeiters! Einheitsauschwüsse der Antifaschistischen Aktion und roter Massenselfstschuß in Betrieben, Stempelstellen und Arbeitervierteln — dann werden die regierenden Blaublütigen ihr blaues Wunder erleben . . .

Arbeiter und Gewerbslose, organisiert in allen Betrieben und Stempelstellen, in allen Gewerkschaften und Arbeitervierteln bis ins letzte Dorf antifaschistische Kundgebungen! Gebt euren Haß gegen die Papenregierung in Kampftentschließungen lärmenden Ausdruck! Zeigt dem Klassenfeind, beweist dem Hitlerregiment eure Feindschaft! Schafft euch mit der KPD in glühender sozialistischer Begeisterung um die roten Sturmzähnen der Antifaschistischen Aktion!

Kommunistische Kampfanfrage an die Diktaturregierung Papen

Genosse Pieck ruft von der Landtagstriebüne zur Antifaschistischen Aktion — Nazis als Fürstenfreunde — Nazi-Kube für Volksaustreibung zugunsten der Hohenzollern

Die gestrige politische Aussprache im Landtag wurde von dem Sprecher der Kommunistischen Partei, dem Genossen Wilhelm Pieck, zu einer charakteristischen Kämpferklärung gegen die neue Regierung Papen-Schleicher-Gahl und zu einem Aufruf an die Massen zur antifaschistischen Aktion benutzt.

Die Kommunistische Partei setzte die Regierung Braun-Severing und ihr arbeiterfeindliches System auf die politische Anklagebank. Die Kommunisten rechneten ab mit den 13 Jahren sozialdemokratischer Politik, die die heutigen Zustände und die faschistische Gefahr herbeigeführt haben. Genosse Pieck erklärte namens der Kommunisten, daß wir alles tun werden, um die starken gebrüchenen Kräfte der deutschen Arbeiterschaft außerhalb des Parlaments in der kampftgewillten Einheitsfront zur Verhinderung jeder Naziregierung in Preußen einzutreten und gegen jede faschistische Diktaturregierung zu mobilisieren.

Es gab tumult in der Sitzung, als Genosse Pieck die Nazis härrisch anpaßte und ihnen ankündigte, daß Deutschland erst dann wirklich erwachen würde, wenn die Nazihänger in der Praxis die Verlogenheit der Nazivorrednungen erkennen werden. Der Nazi-Präsident Kegel erzielte dem Genossen Pieck einen Ordnungsruf, als er gegen die vergangene „System-Regierung“ Braun-Severing den Ausdruck „Verbrechen“ gebrauchte.

Genosse Pieck erinnerte gegenüber einer Verhimmung des preußischen Königtums durch den deutschnationalen Redner Steuer an das Dreilaufenwahlrecht, an die Behandlung der Arbeiter wie Hunde durch die Hohenzollern und kündigte an, daß heute — trotz des sozialdemokratischen Vertrages — die Arbeiterklasse mit der Waffe des politischen Massenstreiks den reaktionären Unterdrückern entgegentreten wird. Die Ent-

scheidung wird nicht im Parlament, sondern draußen durch die Massen gefällt.

Nach dem Genossen Pieck sprach der Naziführer Kube, der offen das Verbot der Kommunistischen Partei propagierte. Mit großen Worten trat Kube gegen den kommunistischen Antrag ein, der den preußischen Fürsten die Hunderte von Millionen Mark dem Volke abzunehmen beabsichtigt. Kube erklärte: „Der deutsche Sozialismus wird auch das Recht der Hohenzollern anerkennen.“ Die Kommunisten riefen ihm während seiner weiteren Redehandlung streitig: „Amen Sie doch gleich: Es lebe Wilhelm III!“

Kommunistischer Landtagsantrag gegen das Diktatorkabinett

Vor der Verhandlung brachte Genosse Koenen noch folgenden Antrag ein:

„Der Landtag erhebt den härtesten Protest gegen die neue Reichsregierung der Generale, Junker und Industriekapitäne, die von den Generalfeldmarschall v. Hindenburg im Auftrag des Finanzkapitals zur verschärften Durchführung der faschistischen Diktatur eingesetzt wurde, um dem Hungerkurs der Schwerindustrien und der Großagrarien gegen die werktätigen Massen mit aller Brutalität durchzuführen. Der Landtag fordert deshalb den sofortigen Rücktritt der Reichsregierung.“

Der Antrag wird auf Verlangen des Genossen Koenen mit den übrigen Anträgen verbunden und am Freitag mit zur Debatte und Abstimmung gestellt. Der Landtag vertagte sich am Freitag 10 Uhr. Es werden noch der Genosse Kunz-Berlin und der Genosse Kasper sprechen.